

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0606/2006**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 29.11.2006

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Klaus Peter Möller, CDU-Fraktion, Dr. Wolfgang Deetjen,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Harald Scherer, FDP-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat	04.12.2006	Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Schule, Bildung und Kultur	07.12.2006	Vorberatung
Stadtverordnetenversammlung	21.12.2006	Entscheidung

Betreff:

Zügigkeit an den Sekundarstufen I der Gießener Schulen
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis'90/Die Grünen und FDP vom 28.11.2006 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat dafür Sorge zu tragen, dass vom Schuljahr 2007/2008 an an den Sekundarstufen I der Gießener Schulen die Zügigkeiten, die der Schulentwicklungsplan vorsieht, eingehalten werden. Ausnahmen finden an keiner Gießener Schule mehr statt. Durch diese Maßnahme stellt die Stadt Gießen unter Voraussetzung gesicherter Gastschulbeiträge sicher, dass Kreiskindern, die aus Kommunen kommen, die keine gymnasiale Oberstufe haben, die Aufnahme an einer Gießener Oberstufe garantiert wird. Dazu muss die Zügigkeit der Oberstufen möglicherweise höher sein als die der Mittelstufen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass das Leistungskursangebot einer bestimmten Oberstufe dazu berechtigt, dort einen Platz zu beanspruchen. Wegen zukünftiger Schülerströme und der Schulentwicklung in Stadt und Kreis Gießen wird die Stadt Gießen als Schulträger wegen der Aufnahme von abstimmenen Gesprächen auf den Kreis zugehen.

Noch vor den Weihnachtsferien sollen die Schuldezernenten der Schulträger Stadt und Landkreis Gießen über die Presse bekannt geben, dass in dieser Art und Weise zum nächsten Schuljahr die Einschulungen in Gießen stattfinden werden.

Gleichermaßen wird der Gießener Schuldezernent diese Entscheidung des Schulträgers den Schulleiterinnen und Schulleitern der Gießener Schulen als Vorgabe mitteilen und

auch entsprechende Gespräche mit dem Staatlichen Schulamt Gießen/Vogelsberg führen.

Begründung:

Bereits im letzten Frühjahr hat sich gezeigt, dass Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis vor allem deshalb in die Sekundarstufen I der Gießener Schulen geschickt wurden, weil ihre Eltern Angst hatten, keinen Platz mehr an einer Gießener Oberstufe zu bekommen. Durch diese vielen Schülerinnen und Schüler entstand in Gießen Raumnot während im Landkreis Schulen zu wenig Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I haben.

Um in der Zukunft eine wohnortnahe Schulversorgung sicherzustellen, müssen beide Schulträger Stadt und Landkreis Gießen dafür Sorge tragen, dass die Schulen des Landkreises nicht leer laufen. Aus diesem Grund halten wir eine garantierte Einhaltung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Gießen für sinnvoll.

Damit Eltern mit ihren Kindern langfristig über die Schulwahl entscheiden können, muss die Entscheidung frühzeitig und eindeutig von den beiden Schuldezernenten nicht nur den Eltern und Schülerinnen und Schülern, sondern auch den Schulleiterinnen und Schulleitern der Stadt und des Landkreises Gießen und dem Staatlichen Schulamt in aller Deutlichkeit mitgeteilt werden. Nachdem alle weiterführenden Schulen ihre Informationsabende/-vormittage abgehalten haben, erscheint uns jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, diese Entscheidung zu fällen und bekannt zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Klaus Peter Möller, MdL
CDU Fraktionsvorsitzender
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dr. Wolfgang Deetjen
Fraktionsvorsitzende
Bündnis90/Die Grünen

gez.
Harald Scherer
FDP